

Halle'sche Zeitung

Morgen-Ausgabe

für Anhalt und Thüringen

Jahrg. 217 Nr. 153/216

Bezugspreis:

Monatlich 3/40 Goldmark. — Bestellungen nehmen Buchhandlungen, Zeitungsverleger und alle Nachrichtenagenten entgegen. — Höherer Credit ermbietet den Verlag von Schabertstein. —

Halle-Saale

Anzeigenpreis:

Die 8 Spaltenzeilen mit breiter Randlinie 10 Pfennig, kleine Spaltenzeilen 5 Pfennig, Familienanzeigen 4 Pfennig, Schlussanzeigen 3 Pfennig, die 3 Spalten 30 mit breiter Randlinie 10 Pfennig, Rabatt nach Tarif, Zeitungsverleger Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale, Leipziger Straße 11/12, Fernruf Central 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Distributionskonto Leipzig 20 512.

Freitag, 12. September 1924

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30, Fernruf Amt Kurfränk. 6390, eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Heile, Halle-Saale

Eine Verbilligungsaktion im Wirtschaftsleben

Frachtermäßigung und Kohlenpreise

Tarifermäßigung um 10 Prozent

Berlin, 11. September.
(Von unserer Berliner Schriftleitung.)
Die unsere Berliner Schriftleitung erläßt, bereitet man in den nächsten Tagen für die deutsche Wirtschaft eine allgemeine Verbilligung vor, die sich auf alle Zeile des deutschen Wirtschaftslebens beziehen wird. Vor allem soll eine Verbilligung der Eisenbahnfrachten eingeleitet werden, über die bereits zwischen dem Reichsfinanzminister und dem Reichsverkehrsminister verhandelt wird. Es wird davon gesprochen, daß sich die Frachttarife um durchschnittlich 10 Prozent ermäßigen sollen. Diese Verbilligung dürfte sich besonders auf den Preis der Kohlen auswirken. Um aber diese Verbilligung auf alle Zweige der deutschen Wirtschaft wirken zu lassen, bedarf es vor allem einer Verminderung des hohen Steuerbetrags, der auf der deutschen Wirtschaft im allgemeinen ruht. Diese muß eintreten, eine allgemeine Verbilligung in die Wege geteilt werden kann.

Neue Frankfrankung durch Worgan

Paris, 11. September.
Nach einer Meldung des „Matin“ aus New York ist das Bankhaus Worgan bereit, den Frankreich genutzten Kredit von 100 Millionen zur Stärkung des Frank zu erneuern, und zwar auf weitere 6 Monate, um alle Spekulationen auf eine Frankfrankung zu hinterziehen.

Kriegsschuldfrage und Völkerverbund

London, 11. September.
Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ bringt folgende rätselhafte Nachricht:
Alle diplomatischen Beobachter in Berlin seien der Überzeugung, daß die von der deutschen Regierung beantragte Klärung einer Note über die Frage der Schuld am Bräutig unterbleiben werde. Der Staatssekretär für den Auswärtigen, Herr v. Weltheim, habe den Reichsminister für den Reichsanwalt klar gemacht, daß alle deutschen Gesandten im Ausland (1) gehen hätten, wie unerschrocken ein solcher Schritt gegenwärtig wäre. Die Frage über den Beitritt in den Völkerverbund (1) nachgedacht und wenn

dann Frankreich oder eine andere Macht Deutschland aufzuerheben (1) würde, die bedingungslose Annahme des Verfallens der Verträge zu proklamieren. Das Reichsamt des Reichsminister werde dann zur Aufhebung des Reichstags bereit sein, und die Wahl würde nach Überzeugung der Minister mit einem überlegenen Sieg der Mittelparteien (1) enden.
Es ist ersichtlich, daß das schlechte Gewissen der Alliierten ihnen keine Ruhe läßt, sondern sie zu dem Versuch treiben, die Verbilligung der Erklärung zu hinterziehen. Sie bezeichnen dadurch, wie peinlich ihnen die uns Licht drehende Wahrheit ist, und wenn unsere Regierung viele Fehler wieder gutmachen will, so mag sie es jetzt tun, indem sie endlich notifiziert, trotz der inoffiziellen englischen Drohung mit der Nichtaufnahme in den Völkerverbund.

Ungehr vor dem Völkerverbund

Genf, 11. September.
Die heutige Vollversammlung des Völkerverbundes befaßte sich mit dem französischen Völkerverbund Ungarns. An der Sitzung nimmt der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen teil. Präsident Motta nimmt ihm freundliche Begrüßungsworte. Als Vertreter der zweiten Kommission spricht der Italiener Cabogioni, der die Entschädigung der Säkularisation Ungarns vorlegt. Sie stellt ein Beispiel dessen dar, was internationale Solidarität zu leisten vermag, und bedeutet im gewissem Sinne eine Liquidation der Vergangenheit. Die Gläubigerstaaten haben trotz ihrer Nachkriegslasten nicht geögert, ihre Mitwirkung zu leisten. Die grundsätzliche Rekonstruktion und die Reparationen wurden bei dem Verle des Aufstandes Ungarns miteinander verbunden. Die wirtschaftliche Lage Ungarns habe sich gebessert, die Staatseinnahmen seien gestiegen. Wir beglückwünschen uns zu dem erzielten Erfolge. Wir sind sicher, daß die ungarische Regierung ihre Bemühungen zur Besserung der Subjektverhältnisse fortsetzen wird. Hoffen wir, daß bald eine neue Verhandlung über die Befreiung des internationalen wirtschaftlichen Austausches von den Bindungen der Nachkriegszeit zustande kommt.“
Graf Bethlen, von Motta empfangen, gedenkt des erfolgreichen Verleßes, das der Völkerverbund an Ungarn vollbracht habe, und bei dem Frieden in Mitteleuropa zugute komme. Die ungarische Nation spreche dafür ihren Dank aus. Der Redner schilderte die Leiden Ungarns, die durch das Eingreifen des Völkerverbundes behoben wurden. Ungarn habe das Vertrauen wiedergewonnen. Die wirtschaftliche Lage Ungarns, seine internationale Stellung sei gebessert. Der Redner schließt mit Worten des Dankes an den Völkerverbund und alle Staaten, die am Hilfsverle teilgenommen haben.

Preußen und die Hohenzollern

Eine Denkschrift des Finanzministers.

Berlin, 11. September.
Dem Preussischen Landtag ist jetzt die vom Landtag angeforderte Denkschrift des Finanzministers in der Frage der Vermögenssachen in der Verbilligung der Preussischen Staat und dem vom Reichsregierenden Reichshaus zugegangen. Die Denkschrift behandelt zunächst die Beschlagnahme, die Verwallung des beschlagnahmten Vermögens und die Auseinanderverleugungs-Verhandlungen. Im zweiten Teil wird eine Heberlei über die der Auseinanderverleugung unterliegenden Vermögensgegenstände gegeben. Es handelt sich dabei um insgesamt 98 Verleugungen, die aus einzelnen Gütern zusammengesetzt sind. Dazu kommen 108 Grundstücke in Berlin, Kassel, Hannover, Wiesbaden usw. Ferner treten hinzu 12 Schiffe und Parks in Groß-Berlin, 16 in Potsdam und Umgebung und 32 ausländische Schiffe, darunter auch das Schloß Havelburg auf Havel. Zu den Vermögensgegenständen treten noch Kapitalien, die in Reparaturn angelegen sind. Der dritte Teil des Gutachtens bringt ein Rechtsgutachten über das vermögensrechtliche Verhältnis des Hauses Hohenzollern zum Reich. In diesem Gutachten werden die einzelnen Vermögensgegenstände einer historischen und finanzrechtlichen Untersuchung unterzogen.

Das Verbot des Gantages der Vaterländischen Verbände

Berlin, 11. September.

(Eigener Drahtbericht.)
Das Preussische Ministerium läßt mitteilen: Die Vereinigten Vaterländischen Verbände haben am 14. d. M. in Nordhausen a. S. eine Gantversammlung einberufen, wobei mehrere Versammlungen unter freiem Himmel abgehalten werden sollen. Das Preussische Ministerium ist nicht in der Lage, hier von dem bestehenden Verbot der Versammlungen unter freiem Himmel absehen zu können.

Diese Versammlungen bleiben also verboten. Aus eine Gefallenenerhebung auf dem Friedhof wird stattfinden, während die übrigen Versammlungen in geschlossenen Räumen abgehalten werden müssen.

Sedanfeier in München

München, 11. September.

Die Ortsgruppe München der Bismarck-Jugend hatte am 10. September zu einer großen Sedanfeier der Gedächtnisfeier von Sedan eingeladen. Die Vertreter der deutschen nationalen Reichspartei, die die Gedächtnisfeier leitete, führte der Redner aus: Durch die Annahme des Scherzgebirgen-Gutachtens sei nur eine Etappe geschaffen worden. Nun aber heißt es, den Weg nach vorwärts richten. Keine deutsche Regierung hat es bislang gewagt, die Kriegsschuld zu übernehmen. Bis zum 29. August d. J. Antikriegsleiter Generaloberst Graf Bethmer eine Gedächtnisrede auf die alte Armee.

Deutschnationale Hoffnungen in Oberschlesien

Berlin, 11. September.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)
Wie wir von einer aus Oberschlesien zurückkehrenden Reichspartei erfahren, sind die Aussichten der Deutschnationalen Volkspartei in Oberschlesien für die bevorstehenden Wahlen sehr günstig. Sämtliche Versammlungen dieser Partei, die dort abgehalten werden, können von einem großen Erfolg berichten. In dem Vorberleut ist die Frage der Aufhebung und die der Erhaltung von Kirche und Schule. Das Damesgutachten wird erst nach diesen Fragen behandelt. Die Wahlvorbereitungen in Oberschlesien haben deshalb einen großen Wert, als sie von allen Parteien als eine Generalprobe angesehen werden. Es kann aber schon jetzt gesagt werden, daß die Deutschnationale Partei kein Mitglied verlieren wird, im Gegenteil werden sich die Stimmen noch mehren.

Der 33. Deutsche Juristentag

Berlin, 11. September.

Seine tritt in Heidelberg der deutsche Juristentag am 33. mal zusammen. Im Jahre 1890 wurde er in Berlin zu dem Zweck gegründet, ein gemeinsames Organ für Praktiker und Theoretiker des Rechts in ganz Deutschland mit Einfluß Österreichs herzustellen. Das Programm der diesjährigen Tagung enthält eine Reihe wichtiger, z. B. politischer Rechtsfragen, so die Diktaturgemäß des Reichspräsidenten, die Frage Individualismus und Liberalismus, die Abgrenzung der Reichsgewalt und der Ländergewalt.

Der Reichspräsident hat an den deutschen Juristentag in Heidelberg ein Besondere Wort gesprochen.

Die zweite Reparationszahlung erfolgt

Abermals 20 Millionen

Berlin, 11. September.

Die zweite laut dem Londoner Protokoll fällige Reparationsrate von zwanzig Millionen Goldmark ist heute, wie die Telegraphen-Union von zuständiger Stelle erläßt, an den Konten für die Reparationszahlungen erfolgt.

Beginn der Dortmund-Räumung?

Essen, 11. September.

Gemäß einem Befehl des Kommandierenden Generals des 22. Armeekorps soll die dritte französische Division, die den Dortmund-Raum besetzt hat, jetzt aus der Besatzungszone herausgezogen werden. Das 24. Infanterie-Regiment in Hammelburg soll bis zum 27. September abgezogen sein. Für diese Truppen kommen diejenigen Teile des 18. Armeekorps zur Entlastung kommen. Die abziehenden noch verbleibenden 5 politischen Gefangenen namens Wang, Wöck, Schmeind, Gittelberg und Dinkler, hofft man im Laufe der nächsten Tage in Freiheit setzen zu können. Der Rest von 33 Gefangenen jetzt sich aus Gefangenen zusammen, die sich wegen Diebstahls und Vergewaltigung zu verantworten haben.

Die Freilassung der Gefangenen

Dortmund, 11. September.

Im hiesigen französischen Gerichtsgebäude befinden sich, nachdem gestern abend 9 Uhr 22 politische Gefangene entlassen worden sind, noch 56 Gefangene. Voraussichtlich werden von diesen im Laufe des heutigen Tages noch 18 politische Gefangene zur Entlassung kommen. Die abziehenden noch verbleibenden 5 politischen Gefangenen namens Wang, Wöck, Schmeind, Gittelberg und Dinkler, hofft man im Laufe der nächsten Tage in Freiheit setzen zu können. Der Rest von 33 Gefangenen jetzt sich aus Gefangenen zusammen, die sich wegen Diebstahls und Vergewaltigung zu verantworten haben.

Breslau, 11. September.

Auch hier sind gestern die ersten politischen Gefangenen entlassen worden und in ihre Heimat — zum Teil nach dem Rhein- und Ruhrgebiet — zurückgeführt.

Wie das „Echo du Rhin“ aus Düsseldorf meldet, sind bis jetzt in Ausführung des Londoner Protokolls 51 Deutsche aus den Gefangnissen des Ruhrgebietes in Freiheit gesetzt worden.

Essen, 11. September.

In Ausführung der Londoner Vereinbarungen ist wie in Dortmund auch in Essen gestern mit der Freilassung der politischen Gefangenen begonnen worden. Die Entlassungen, die auch heute fortgesetzt werden, erfolgen in einzelnen Truppen. In hiesiger zuständiger Stelle rechnet man damit, daß mit den eintreffenden Entlassungen der Gefangenen fortgesetzt wird, bis alle in Haft befindlichen Personen auf freiem Fuß sich befinden.

Frankfurt, 11. September.

(Eigener Drahtbericht.)

Die Deutschnationale Partei des besetzten Kreises Frankfurt hielt am Sonntag eine Vertreterversammlung ab. Der Vorsitzende für die besetzten Gebiete, Oberbürgermeister v. Dhandler, berichtete über die politische Lage und das Dames-Gutachten. Es wurde dann eine Entschließung gefaßt, in der die Reichsregierung aufgefordert wird, vor allem die Zurückgabe der politischen Gefangenen, die noch unbeschädigt zurückgelassen werden, zu fordern und bei Abschluß eines deutsch-französischen Handelsvertrages unbedingt die deutschen Rechte zu wahren und zu schützen. Vor allem wendet sich die Entschließung gegen den Ausschluß der Deutschnationalen Volkspartei aus der deutschen Reichsregierung.

Kemfcheid, 11. September.

Die Passkontrolle in Kemfcheid ist seit gestern aufgehoben. Auch die Güterkontrolle wird nicht mehr ausgeübt. Die Güter laufen daher jetzt wieder schiffsplanmäßig und ohne Verbilligung in Kemfcheid ein.

orn
Damenkleid, Sammetkleid
sch. Preiswert
ager
am Alten
Markt.

hr
inb
11
12
20
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100

kauf.
begehrt und
wird. Refere
enthalten
frage mit
und die zu
Halle

alt Ooi-
und die
er er
in Redol

